Studie über Abbau von Kupfer

Schmutziges Allerweltsmetall

Im Kupferbergbau gibt es viele Verletzungen der Menschenrechte. Eine neue Studie nimmt die Hamburger Schmelze Aurubis in den Blick.

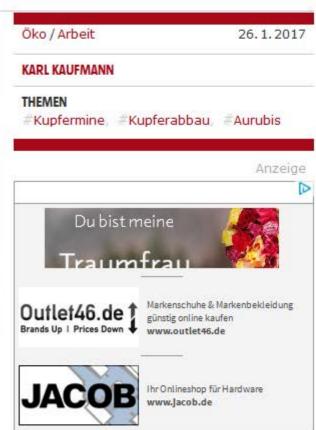


Die globale Nachfrage steigt: Kupfermine in Chile

Foto: reuters

HAMBURG taz | In Kupferminen sind Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung weltweit verbreitet. Zwar verpflichten UN-Leitlinien die verarbeitende Industrie dazu, gegen die Missstände vorzugehen. Doch weil gesetzliche Regelungen fehlen, passiert viel zu wenig. Das ist das Ergebnis einer Studie der Freien Universität Berlin, die am Mittwochabend vorgestellt wurde.

Experten gehen davon aus, dass die globale Nachfrage nach Kupfer bis 2030 stark ansteigen wird. Als Material für Leitungen und Kabel, beim Maschinenbau, in der Autoindustrie und der Elektrotechnik – nichts geht ohne Kupfer. Deutschland ist nach den USA und China der drittwichtigste Kupferkonsument der Welt. Und die Hamburger Kupferschmelze Aurubis gehört zu den drei größten auf dem Globus, 2,3 Millionen Tonnen Kupfer hat sie 2015 importiert.



Anzeige



Jetzt einen Anwalt fragen

8 Anwälte sind gerade online. Stellen Sie jetzt Ihre Frage!

justanswer.de



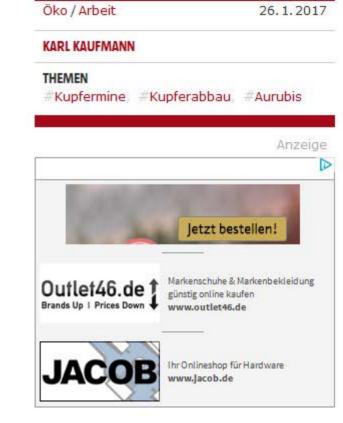
Aurubis verpflichtet seine
Lieferanten – meist
Bergbaukonzerne, aber auch
Handelshäuser – vertraglich
dazu, die UN-Konventionen zu
Menschenrechten und
Umweltschutz einzuhalten.
Derzeit sind in 75 Prozent der
Verträge Umwelt- und
Menschenrechtsnormen
festgehalten. Außerdem führt das
Unternehmen onlinebasierte
Screenings durch.

Zudem wurde ein online verfügbarer Beschwerdemechanismus eingerichtet, mit dem vertraulich und anonym Verstöße gemeldet werden können. "Da ist Aurubis weiter als viele andere", sagt Melanie Müller, Autorin der FU-Studie. In ihrer Untersuchung "Deutsche Kupferimporte: Menschenrechtsverletzungen, Unternehmensverantwortung und Transparenz entlang der Lieferkette" hat sie Aurubis unter die Lupe genommen.

Sie kritisiert, dass der Konzern zwar angebe, woher er sein Kupfererz beziehe, aber nicht, aus welchen Minen. "Das ist eine Voraussetzung, um den Beschwerdemechanismus, den Aurubis eingerichtet hat, auch für Gemeinden in Bergbauregionen nutzbar zu machen", so die Wissenschaftlerin.

Viele soziale Konflikte

Mehr Transparenz in der Lieferkette sorge schließlich dafür, dass auch andere Unternehmen ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht gerecht werden könnten. Die sind in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte fixiert, die die Grundlage für den am 21. Dezember 2016 verabschiedeten Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte bilden. "Die basieren auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Verstöße werden nicht sanktioniert", sagt Susanne Friess, Bergbauexpertin beim katholischen Hilfswerk Misereor.



SUSANNE FRIESS, MISEREOR

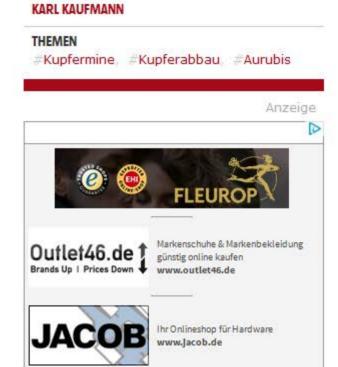
"Das Problem: Verstöße werden nicht sanktioniert"

Mit den Bergbauexperten Felipe Grez Moreno aus Chile und César Flores Unzaga aus Peru hat sie kürzlich Aurubis in Hamburg besucht. "In Peru gibt es derzeit laut offiziellen Quellen 212 soziale Konflikte. Etwa die Hälfte geht

auf den Bergbau und seine Folgen zurück", so Unzaga. Dabei sind immer wieder Verletzte und Tote zu beklagen, so wie im September 2015. Bei Demonstrationen gegen die Kupfermine Las Bambas kamen drei Menschen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Auch eine Folge der Polizeistrategie, kritisiert Unzaga, der für die Nichtregierungsorganisation CooperAcción arbeitet, die für nachhaltige Entwicklung eintritt.

"Bergbauunternehmen bezahlen in Peru oftmals die Polizei, damit sie ihre Anlagen schützt. Das ist legal, sorgt aber für Interessenkonflikte", so Unzaga. Ein Thema, das auch bei dem Treffen bei Aurubis auf der Agenda stand. Kritisiert haben Unzaga und sein Kollege Moreno von der Lateinamerikanischen Beobachtungsstelle für Umweltkonflikte aber auch, dass der Beschwerdemechanismus auf der Aurubis-Homepage nur auf Englisch und Deutsch zur Verfügung steht, nicht aber auf Spanisch und Portugiesisch. Das ist ein Widerspruch, denn aus Chile, Peru, Brasilien und Argentinien stammen fast 80 Prozent der Kupferimporte von Aurubis.

"Für uns ist auch nicht nachvollziehbar, dass Aurubis bei ihrem Screenings nicht auf Informationen von staatlichen Menschenrechtsstellen und Nichtregierungsorganisationen zurückgreift", moniert Moreno. Mehr Austausch und mehr Transparenz wünscht er sich für die Zukunft bei Aurubis und in der Kupferlieferkette. Das Unternehmen wollte sich zu der Kritik auf Nachfrage nicht äußern.







In der Windmühlen-Manufaktur werden